

Christoph Brüll, Tobias Dewes, Andreas Fickers und Vitus Sproten (Hrsg.)

Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Band 6

Föderalisierung, Strukturwandel,
Erwartungshorizonte (1973-heute)

mit Beiträgen von

Philippe Beck, Christian Behrendt, Marnix Beyen, Magali Boemer,
Christoph Brüll, Tobias Dewes, Andreas Fickers, Jens Giesdorf,
Armin Heinen, Els Herrebout, Andy Jousten, Catherine Lanneau,
Victoria Mouton, Leonie Neuens, Norbert Nicoll, Christoph Niessen,
Anna Quadflieg, Peter M. Quadflieg, Hans Reul, Hubert Roland,
Vitus Sproten, Werner Tschacher, Nicholas Williams, Julia Zeimers

und Karten von
Klaus-Dieter Klauser

GEV (Grenz-Echo Verlag), Eupen, 2023
www.gev.be
buchverlag@ge-media.be

ISBN 978-3-86712-184-2
D/2023/3071/6

Alle Rechte vorbehalten

Nichts aus dieser Ausgabe darf vervielfältigt, in einen Datenbestand übernommen und/oder veröffentlicht werden, sei es elektronisch, mechanisch, durch Fotokopien, Aufnahmen oder auf gleich welche andere Art und Weise ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlags, der Fotografin oder der Illustratorin.

Ostbelgien  Mit Unterstützung
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Das Publikationskonzept wird durch den wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Ostbelgische Geschichte V.o. G. begleitet.

Ihm gehören an: Prof. Dr. Marnix Beyen (U. Antwerpen), Ass.-Prof. Dr. Christoph Brüll (C²DH, U. Luxemburg), Els Herrebout (Staatsarchiv in Eupen), Prof. Dr. Catherine Lanneau (U. Lüttich), Prof. Dr. Hubert Roland (FRS-FNRS, U. Louvain-la-Neuve), Prof. Dr. Sabine Schmitz (U. Paderborn), Prof. Dr. Denis Scuto (C²DH, U. Luxemburg), Stefan Wunsch (Vogelsang IP)

Printed in EU

Inhaltsverzeichnis

VOM OPFERNARRATIV ZUR ERFOLGSGESCHICHTE?	8
Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte der deutschsprachigen Belgier in Zeiten von Strukturwandel und Föderalisierungsprozessen	
Von Andreas Fickers und Christoph Brüll	
 POLITISCHE MITWIRKUNG UND RECHTLICHE STELLUNG	 22
Ostbelgien (die Deutschsprachige Gemeinschaft) im föderalen Belgien	
Von Andy Jousten und Christian Behrendt	
 DIE „BESTGESCHÜTZTE MINDERHEIT DER WELT“?	 36
Die Deutschsprachige Gemeinschaft – eine nationale Minderheit und ein föderaler Teilstaat im Vergleich	
Von Christoph Niessen	
 NOTWENDIGE ÖFFNUNG ODER EINE NUMMER ZU GROSS?	 50
Die institutionellen Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit den 1970er Jahren	
Von Christoph Brüll und Anna Quadflieg	
 EINE JUNGE DEMOKRATIE AUF DER SUCHE NACH STABILITÄT	 68
Die Entwicklung der ostbelgischen Parteiendemokratie im Kontext der Gemeinschaftswahlen (1974-2019)	
Von Vitus Sproten und Leonie Neuens	
 VON DER VERWALTUNGSZELLE ZUM MINISTERIUM DER DG	 88
Grundzüge einer frühen Verwaltungsgeschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens	
Von Peter M. Quadflieg	
 KRISENJAHRZEHNTE UND IHRE BEWÄLTIGUNG IM UMBRUCH ZUM 21. JAHRHUNDERT	 106
Die ostbelgische Wirtschaft im Spiegel nationaler Krisenwirtschaft	
Von Tobias Dewes	
 LEHRJAHRE POSTINDUSTRIELLER MODERNE	 134
Duale Berufsausbildung in Ostbelgien und die Chancen und Grenzen kleingliedstaatlicher Politik (1970 bis heute)	
Von Armin Heinen	

GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN	158
Von den „Grenzen des Wachstums“ zu einer nachhaltigen Gesellschaft?	
Von Andreas Fickers und Norbert Nicoll	
 „DIE SCHLECHTEN STRASSEN UNTER SEINEN FÜSSEN.“	 176
Die Entwicklung der Mobilität der deutschsprachigen Belgier zwischen 1973 und 2023	
Von Vitus Sproten	
 MEHRSPRACHIGKEIT? JA! ABER WIE?	 192
Meinungen zur Unterrichtssprachenpolitik der DG (1963-2004)	
Von Magali Boemer und Julia Zeimers	
 „ICH WÜRD NIE FÜR EINEN MANN SANKT VITH VERLASSEN.“	 210
Frauen in der DG und ihre Rolle(n) im Wandel der Zeit (1973 bis heute)	
Von Els Herrebout und Leonie Neuens	
 „... DASS ÜBERGROSSER WOHLSTAND DER RELIGIÖSEN ENTWICKLUNG NICHT FÖRDERLICH IST.“	 238
Ostbelgiens Kirchen seit 1973	
Von Nicholas Williams	
 KULTURARBEIT UND AUTONOMIEENTWICKLUNG	 256
Zur Geschichte der Vereinslandschaft im deutschsprachigen Belgien	
Von Jens Giesdorf und Hans Reul	
 OSTBELGISCHE KATHARSIS?	 272
Die Hermann-Niermann-Affäre als Medienevent	
Von Andreas Fickers	
 VON DEN SCHATTEN DER VERGANGENHEIT ZU EINER OSTBELGITUDE	 290
Auseinandersetzungen mit Geschichte und Identität in der Literatur Ostbelgiens	
Von Philippe Beck und Hubert Roland	
 BlicKE VON AUSSen	 306
Vorstellungen von den deutschsprachigen Belgiern in Flandern, dem französischsprachigen Belgien, Deutschland und Luxemburg	
Von Marnix Beyen, Catherine Lanneau, Victoria Mouton und Werner Tschacher	

VERGANGENHEITSANGST IM PLENARSAAL 324

Politik und Geschichte im deutschsprachigen Belgien seit 1973:

ein politik- und emotionsgeschichtlicher Zugang

Von Christoph Brüll

DIE AUTOREN 346

NACHWEIS DER BILDQUELLEN ODER BILDRECHTE 349

DIE INSTITUTIONELLEN AUSSENBEZIEHUNGEN
DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT SEIT
DEN 1970ER JAHREN

NOTWENDIGE ÖFFNUNG ODER EINE NUMMER ZU GROSS?

VON CHRISTOPH BRÜLL UND ANNA QUADFLIEG





Die zweite und vor allem die vierte Staatsreform haben den Regionen und Gemeinschaften in Belgien weitgehende Befugnisse im Bereich der Außenbeziehungen übertragen. Diese Möglichkeit wurde zunächst vor allem innerbelgisch genutzt. Schnell richtete sich das Augenmerk auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, von der man sich konkrete Erleichterungen für die Grenzbevölkerungen versprach. Die 1990er Jahre brachten für die Deutschsprachige Gemeinschaft eine institutionelle und strategische Wende – die zunehmende Intensität und die Reichweite der Außenbeziehungen gerieten in den 2000er Jahren mehrfach zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen.

Wer die Geschichte der institutionellen Außenbeziehungen der heutigen Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) verstehen will, stellt fest, dass es dabei verschiedene Kontexte zu berücksichtigen gilt: Die Föderalisierung Belgiens, die institutionelle Entwicklung der DG, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die europäische Integration sind dabei die wichtigsten. Zudem wird deutlich, dass allgemeine Merkmale der DG wie Kleinheit, Grenzlage und Sprachenpolitik zum Tragen kommen. In der Herangehensweise spiegeln sich auch die diesen Band durchziehenden Fragestellungen: Welche Rolle spielen Vergangenheits- und Überforderungsangst in der Artikulierung, Erarbeitung und Realisierung von institutionellen Kontakten nach außen? Welche Chancen und Potenziale gehen damit einher?

Im Folgenden möchten wir die institutionelle Entwicklung der Außenbeziehungen in ihrem politikgeschichtlichen Kontext nachzeichnen. Im Mittelpunkt steht dabei, welche Strategien verfolgt wurden und welche Vorstellungen des Anderen dahinterstehen. Die Selbstverständlichkeit, mit der ein Großteil der Bevölkerung täglich Grenzen überschreitet und mit anderen Sprachen in Kontakt ist, war auch in den Vorstellungen der politischen Akteure stets präsent. Inwiefern daraus konkrete politische Handlungen abgeleitet werden konnten, war jedoch weitaus weniger selbstverständlich, wie das Beispiel der Beziehungen zur Euregio Maas-Rhein verdeutlicht.

In diesem Beitrag argumentieren wir, dass sich die Geschichte der Außenbeziehungen der DG von 1973 bis in die Gegenwart in zwei große chronologische Blöcke teilen lässt: vor und nach der vierten Staatsreform von 1994. Seitdem gilt das Prinzip *in foro interno, in foro externo*, laut dem ein belgischer Teilstaat die Außenbeziehungen in seinen Zuständigkeitsbereichen ausüben und organisieren darf – dies beinhaltet nicht zuletzt das Recht auf Vertragsabschlüsse mit ausländischen Gebietskörperschaften.¹ In den Zeitraum von 1973 bis 1994 fallen wichtige Wegmarken, vor allem die eigene Regierung („Exekutive“) im Jahr 1984. Der Ministerpräsident verfügt seitdem immer auch über die „Außenbeziehungen“ in seinem Portfolio. In die Zeit nach 1994 fallen die Europäisierung und Diplomatisierung der Außenbeziehungen mit der Errichtung von Vertretungen in Brüssel (2005) und Berlin (2008). Nicht zuletzt geben seit 2008 die Regionalen Entwicklungskonzepte auch bei den Außenbeziehungen den inhaltlichen Takt vor.



Während die Politik daran arbeitete, auf Verwaltungsebene über Abkommen einen Mehrwert für die deutschsprachigen Belgier zu erzielen, arbeitete die CSC im Rahmen ihres Grenzgängerdienstes seit 1968 an einem Abbau von Hürden für Arbeitnehmer. Erster Sekretär des Dienstes war der Mürringer Eddy Klöcker (2. von links).

Über fünf Jahrzehnte gab es auch Kontinuitäten. Dazu gehört zuerst die vielbeschworene Brückenfunktion zwischen Belgien und Deutschland, deren rhetorische Mobilisierung jedoch nicht immer mit politischen Handlungen einherging. Dazu gehört auch die immer wieder gestellte Frage nach Kosten und Nutzen der Beziehungen zu ausländischen Partnern, wobei konkrete Resultate nicht immer messbar waren. Dem omnipräsenten Diskurs, laut dem Einigelung für eine Grenzregion keine Option sei, stand immer auch die Befürchtung gegenüber, sich zu überheben. Eine weitere Konstante ist der hohe Stellenwert der Kultur in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, auch wenn er mit der Zeit gegenüber anderen Faktoren der Standortpolitik an Bedeutung einbüßte.

Die Analyse der institutionellen Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft war bisher vor allem Sache von Politikwissenschaftlern und involvierten Akteuren.² Eine historische Perspektive liegt bislang nicht vor. Der vorliegende Beitrag wird diese Lücke nicht gänzlich schließen können. Indes trachtet er danach, einen ersten Überblick und entscheidende Entwicklungsmomente und -pfade aufzuzeigen und zur weiteren Auseinandersetzung mit den Außenbeziehungen der DG anzuregen.

Erste Vorstellungen

In seiner Rede zur Eröffnung der neuen Sitzungsperiode des Rates der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) präsentierte Ratspräsident Albert Gehlen (CSP) im Oktober 1979 einige grundsätzliche Überlegungen zu den Außenbeziehungen in der Grenzregion:

„Bisher wurde in den kulturellen Auslandsbeziehungen zu deutschsprachigen Ländern dem besonderen Interesse unserer Gemeinschaft kaum Rechnung getragen. Auch hier wird sich in den nächsten Jahren einiges ändern, wobei bestimmt von allen Seiten mit Entgegenkommen gerechnet werden muß. [...] [In] meiner Zielsetzung ist eine eindeutige Bejahung des europäischen Gedankens zu sehen. Ich begrüße jede Form europäischer Integration und alle Euregio-Initiativen, stehe aber auf dem Standpunkt, daß man supranational nur denken und arbeiten kann, wenn man gleichzeitig national – ohne daß dieser Begriff mißverstanden werden soll – denken und arbeiten will. [...] Das Mitwirken an einer Entwicklung der Grenzregion ist eine konkrete Aufgabe, an deren Lösung mitzuwirken wir interessiert sind, weil wir deutschspra-

chige Belgier überzeugt sind, daß wir aufgrund der Dinge, wie sie sich hier im Grenzland darstellen, besondere Voraussetzungen dafür mitbringen.“³

An dieser Rede lassen sich Kontext, Chancen und Herausforderungen der institutionellen Positionierung des RdK in der Frage seiner Außenbeziehungen am Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre skizzieren. Die beiden ersten Staatsreformen eröffneten der deutschen Kulturgemeinschaft in ihrer Kernbefugnis Kultur neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit Partnern in der Bundesrepublik.⁴ Dabei bildete das deutsch-belgische Kulturabkommen von September 1956 weiterhin den Rahmen, dessen Begrenzung der Handlungsspielräume jedoch manches Mal in der Diskussion stand.⁵ Auch andere Themen wie die Anerkennung deutscher Hochschuldiplome in Belgien waren bereits seit 1973 Dauerbrenner in den parlamentarischen Debatten. Die neue auswärtige Kulturpolitik zeitigte vor allem Wirkung in der Region; Gehlens Hoffnung, dass sie ihr gegenüber den anderen beiden Sprachgemeinschaften eine größere Sichtbarkeit verleihen könne, erwies sich als verfrüht. Erste Schritte erfolgten jedoch. So stattete im Mai 1978 mit dem bundesdeutschen Diplomaten



Neben den Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft gab es auch wichtige andere Initiativen, die die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken wollten. Das trifft beispielsweise auf die 1955 gegründete Europäische Vereinigung für Eifel und Ardennen zu, die 1980 ihr 25jähriges Bestehen feierte und das europäische Bewusstsein in Eifel, Ardennen und Ösling stärken wollte.



Wichtige Erinnerungsorte der ostbelgischen Außenbeziehungen sind die Dreiländerecke in Ouren (Bild) und bei Gemmenich, auch wenn letzteres nicht auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft liegt.

Peter Limbourg erstmals ein ausländischer Botschafter dem RdK einen offiziellen Besuch ab. Der Grenz-Echo-Bericht war überdeutlich: „Eupen – Mittlerrolle im Europa der Regionen“.⁶ Der Botschafter meldete nach Bonn:

„Nach meinem Besuch in den Ostkantonen können unsere Beziehungen zu der deutschen Kulturgemeinschaft Belgiens nunmehr auch als formal geordnet [...] betrachtet werden. So gesehen war mein Besuch in den Ostkantonen mehr als nur zeitlich richtig, er war notwendig geworden.“⁷

Der Besuch besaß eine doppelte belgisch-deutsche Dimension, die sowohl die institutionelle Gegenwart der deutschen Kulturgemeinschaft als auch die, so der Botschafter, „problematische Vergangenheit“⁸ betraf, die kein Hindernis bei der beiderseitigen Zusammenarbeit mehr bilden sollte. Dies war alles andere als eine Selbstverständlichkeit, wie die Zukunft zeigte; die grenzüberschreitende Zusammenarbeit war immer auch ein Gradmesser für die ambivalenten Beziehungen zum deutschen Nachbarn.⁹ Die Grenz-Echo-Überschrift thematisierte eine dritte Dimension: Die Rede vom „Europa der Regionen“¹⁰ war Ende der 1970er Jahre en vogue, wie auch Gehlens Ausführungen zeigten, die gerade von der regionalistischen PDB begrüßt worden waren.¹¹

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Seit den 1960er Jahren hatte die Zahl der grenzüberschreitenden Initiativen stetig zugenommen, bereits 1971 war die Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG) gegründet worden, der unter anderem die erste Euregio, eine neue Form der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit an der deutsch-niederländischen Grenze, und die Saarlor-Region (ab 1980 Saar-Lor-Lux) als Gründungsmitglieder angehörten.¹² 1976 entstand im deutsch-niederländisch-belgischen Grenzraum eine Arbeitsgruppe, aus der die heutige Euregio Maas-Rhein hervorgegangen ist.

Zwei Legitimationsdiskurse waren bei der Schaffung dieser Zusammenschlüsse bestimmend: zum einen ein idealistischer Diskurs, nach dem Grenzen in der EG zu überwindende „Narben der Geschichte“¹³ seien und häufig Hindernisse für die Entfaltung des Potenzials der Grenzregionen darstellten.¹⁴ Zum anderen wurden viele dieser Grenzregionen im Laufe der 1970er und 1980er Jahre vom Strukturwandel und vom Verlust industrieller Arbeitsplätze erfasst. Um diese Entwicklungen aufzufangen, wurde vor Ort, aber auch im Europäischen Parlament häufig ein Mehr an grenzüberschreitender Zusammenarbeit propagiert. So forderte beispielsweise der SeP-Abgeordnete im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft (RDG) Josef Schumacher in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre regelmäßig die

institutionelle und strategische Stärkung eines „euregionalen Arbeitsmarktes“.¹⁵

Die langsame Verbreitung der Diagnose einer Struktur- schwäche von Grenzregionen, die auf deren Lage an der Peripherie der Nationalstaaten zurückgeführt wurde, erfolgte seit den 1970er Jahren auch im Europäischen Parlament. Dabei waren es vor allem Mitglieder aus den Reihen der AGEG, die diese Botschaft transportierten und dafür sorgten, dass europäische Regionalpolitik nicht mehr nur auf sozioökonomische Disparitäten der einzelnen Mitgliedstaaten beschränkt blieb, sondern deren grenzüberschreitende Dimension miteinbeziehen sollte. Ein Meilenstein in dieser Hinsicht war der 1976 verabschiedete Gerlach-Bericht, der vor allem am Beispiel der Euregio Maas-Rhein die verkehrsinfrastrukturellen Probleme von Grenzregionen beleuchtete und europarechtliche Instrumente zur Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im supranationalen Rahmen der EWG vorschlug. Auch wenn Kommission und Ministerrat bei der konkreten Umsetzung auf der Bremse standen, kann der Bericht des deutschen Sozialdemokraten als Agenda-Setter gelten.¹⁶ Beim Thema des Berichts handelte es sich auch um ein Hauptproblem zwischen Maas und Rhein, das auch ostbelgische Aspekte umfasste. Daher steckte etwa der christlich-soziale Abgeordnete Willy Schyns einen Großteil seiner Energie als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der EWG von 1977 bis 1979 in diese Materie.¹⁷

Welcher Umgang mit den Außenbeziehungen?

Bis zu den Ostbelgiengesetzen Ende 1983 waren die Kulturminister der Französischen und Flämischen Gemeinschaften als Exekutive für die Erlasse mit Verordnungscharakter der DG im kulturellen Bereich zuständig.¹⁸ Mit der Einsetzung der „eigenen“ Exekutive im Januar 1984 gehörten diese Zeiten der Vergangenheit an. Klare Akzente setzten die ersten Regierungen vor allem im Bereich Tourismus. Allerdings zeigten sich die administrativen Schwierigkeiten grenzüberschreitender Politik, zumal hier unterschiedliche Interessenlagen zwischen der Eifel und dem Eupener Land sichtbar wurden.¹⁹ Das Beispiel der Reaktivierung der Vennbahn zu touristischen Zwecken verdeutlichte darüber hinaus, dass Nachhaltigkeitseffekte nicht garantiert waren.²⁰ Rasch angeschoben wurden auch Kooperationsabkommen mit den beiden großen Sprachgemeinschaften, die im Rahmen von Kulturwochen die Sicht-

barkeit der deutschsprachigen Belgier im Inland erhöhen sollten.²¹

Insgesamt galt für die Außenbeziehungen, dass sich die konzeptionelle Arbeit vom Rat in Richtung Regierung verschob.²² Unter den Ministerpräsidenten Bruno Fagnoul (PFF; 1984-1986) und Joseph Maraite (CSP; 1986-1999) zeigte sich jedoch, dass eine Strategie erst noch erarbeitet werden musste, die von einer personalen Politik gutnachbarlicher Zusammenarbeit zu einem strukturierteren Ansatz führte. Viele Probleme lagen in der Natur grenzüberschreitender Zusammenarbeit, die von den Gemeinden bis zu den Nationalstaaten eine Vielzahl administrativer und juristischer Ebenen betrifft.

SPUREN-SICHERUNG

ARCHÄOLOGISCHE DENKMALPFLEGE
IN DER EUREGIO MAAS-RHEIN

RELEVÉS D'EMPREINTES
LA PROTECTION DES VESTIGES ARCHÉOLOGIQUES
DANS L'EUREGIO MEUSE-RHIN

SPEURWERK
ARCHEOLOGISCHE MONUMENTENZORG
IN DE EUREGIO MAAS-RIJN

14. 7. – 13. 9. 1992
AACHEN
HISTORISCHES RATHAUS

Öffnungszeiten:
Montag-Sonntag 10–18 Uhr
Donnerstag 10–21 Uhr

Eine Ausstellung des Landschaftsverbandes Rheinland –
Rheinischer Amt für Bodendenkmalpflege/Rheinisches Landesmuseum Bonn
in Verbindung mit dem Institut voor het Archeologisch Patrimonium
van de Vlaamse Gemeenschap, dem Service des Fouilles de la Région Wallonne,
der Exekutive der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
dem Rijksdienst voor het Oudheidkundig Bodemonderzoek,
dem Bonner-Landesmuseum Maastricht
und der Stadt Aachen

unter der Schirmherrschaft der Generalsekretärin des
Europarates und des Ministers für Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Logos: Council of Europe, Euregio, WDR, VEGLA, BRF

Sowohl die Euregio Maas-Rhein als auch die Großregion SaarLorLux unterstützen grenzüberschreitende Projekte auf unterschiedlichen Ebenen. Hierzu nutzen sie Fördermittel der Europäischen Union oder ihrer Mitglieder.

Ziel der Organisationen ist es, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu stärken und Hindernisse für den grenzüberschreitenden Kontakt abzubauen.

Klärungsprozesse

Der Aufnahme der DG in die Euregio Maas-Rhein ging ein langjähriger Klärungsprozess voraus. Bereits 1976 hatte die PDB einen Resolutionsvorschlag unterbreitet, der forderte, „daß der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft bei der Schaffung der Euregio beteiligt wird, zumal das Gebiet deutscher Sprache ein ideales Bindeglied über die Grenzen hinweg darstellen kann“.²³ Dieser Vorschlag wurde zwar an den RdK-Kulturausschuss verwiesen, jedoch nie behandelt. Die PDB schloss aus der Tatsache, dass die Euregio in der kulturellen Zusammenarbeit aktiv werden wollte, dass die deutsche Kulturgemeinschaft ein selbstverständliches (Voll-)Mitglied der Euregio sein müsse. CSP, PFF und SP sahen dies nicht so, vielmehr deckte die Mitgliedschaft der Provinz Lüttich auch das Gebiet deutscher Sprache ab. Insgesamt betrachteten sie die Euregio Maas-Rhein eher als einen Lebensraum, in dem viele grenzüberschreitende Initiativen auf verschiedenen Ebenen Platz haben konnten, denn als zusammenhängenden politischen Gestaltungsraum. Dies bedeutete keine vollständige Ablehnung: So nahm Kulturhauptspektor Firmin Pauquet als Vertreter des deutschen Sprachgebiets an den Sitzungen der Kulturkommission der Euregio teil.²⁴

Die EG begann Anfang der 1980er Jahre verstärkt, finanzielle Mittel an strukturschwache Grenzregionen auszusütten. Auf Initiative des Bundes und des Landes

Nordrhein-Westfalen begannen 1981 entsprechende Bedarfsanalysen, an denen der Regierungsbezirk Köln und die beiden limburgischen Provinzen beteiligt waren, nicht jedoch die Provinz Lüttich. Da die EG-Mittel die Wirtschaftsförderung betrafen, musste die Exekutive der Wallonischen Region der Teilnahme der Provinz Lüttich zustimmen. Der RdK verabschiedete dazu am 22. Dezember 1983 eine entsprechende Resolution an die wallonische Exekutive.²⁵ Gegenstand der Debatten war die Rolle der Provinz Lüttich: Die PDB erblickte in deren Führung die Hauptverantwortlichen für die Trägheit des Prozesses, diese zeige keine Sensibilität für die Probleme der Grenzregionen. Die anderen Parteien zeigten demgegenüber die Komplexität der Entscheidungsprozesse auf und verwiesen darauf, dass die Verspätung der Provinz von den anderen Partnern in der Region billigend in Kauf genommen worden sei.

In Lüttich nahmen die Zweifel an den Partnern in Deutschland und den Niederlanden jedoch zu. Die Situation eskalierte im Herbst 1985, als Provinzgouverneur Gilbert Mottard mit dem Austritt aus der Euregio drohte. Die Regierung der DG sah sich zu einer Erklärung genötigt. Dabei stellte Ministerpräsident Fagnoul unmittelbar die Frage, „ob die Deutschsprachige Gemeinschaft als gleichberechtigter Partner der Euregio zu sehen ist, oder ob eine punktuelle Mitbeteiligung der Gemeinschaft unser Ziel sein muß“.²⁶ Während die PDB klar für die erste Option stand, tendierten CSP, PFF und SP zur zweiten. Die Argumentation



Am 8. September 2016 fand das Treffen der deutschsprachigen Staatsoberhäupter in Eupen statt, an dem die Staatsoberhäupter von Luxemburg, Liechtenstein, der Schweiz, Belgiens und Deutschlands teilnahmen. Österreich hatte vor dem Hintergrund der Bundespräsidentenwahl 2016 nicht an dem Treffen teilgenommen.

der PDB war idealistisch, da sie in der Euregio eine notwendige Form des europäischen Engagements der deutschsprachigen Belgier sah, und taktisch, sah sie in den Vorgängen doch eine Bestätigung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Provinz Lüttich.²⁷ Die CSP sah in der Euregio ein Mittel zum Zweck der guten nachbarschaftlichen Zusammenarbeit unter vielen und wollte deren Rolle auf ein reales Maß zurückgestutzt sehen – sie verwies auf die Gemeindeebene, aber auch auf den Einsatz deutscher Rettungshubschrauber in der DG, der ohne die Euregio zustande gekommen sei.²⁸ Die SP machte vor allem verfassungs- und institutionenrechtliche Bedenken gegenüber einer Vollmitgliedschaft geltend.²⁹

Der von den traditionellen Parteien auch als solcher eingestandene Meinungsumschwung,³⁰ der schließlich 1991/1992 in die Vollmitgliedschaft mündete, rührte aus verschiedenen Entwicklungen. Die DG nahm ihre Befugnisse in den Außenbeziehungen stetig selbstbewusster wahr: 1986 billigte sie das 1980 in Madrid unterzeichnete „Europäische Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften“.³¹ Alle Partner erkannten, dass der Euregio als Beratungsorgan bei den Vorbereitungen zur Realisierung des europäischen Binnenmarktes durchaus eine wichtige Rolle zukam. Zudem lud die Schaffung des Interreg-Programms der EG mehr denn je zur Institutionalisierung von grenzüberschreitender Zusammenarbeit ein.³² Ein weiterer Grund lag in der Festigung der euregionalen Strukturen mit der Überführung in eine Stiftung niederländischen Rechts im Jahr 1991.

Euregio Maas-Rhein und Großregion

Am 29. Juni 1992 beschloss der Vorstand der Stiftung Euregio Maas-Rhein, die DG als Vollmitglied aufzunehmen.³³ Sie war nunmehr der kleinste und gleichzeitig der institutionell stärkste Euregio-Partner und der einzige mit Gesetzgebungshoheit.³⁴ Da die *Stichting* durch die Partner finanziert wurde, selbst grenzüberschreitende Projekte initiierte und durchführte und auf die Investitionsprioritäten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit einwirkte, beschloss der Vorstand der *Stichting*, die Legitimation ihrer Entscheidungen zu stärken und einen Euregiorat mit beratender Funktion zu gründen.³⁵

Im Dezember 1998 trat die DG auch der Großregion bei. Zunächst waren die belgischen Partner – neben der DG auch die Wallonische Region – nur Beobachter in deren Gremien. Ab 2006 wurde die bis dahin auf das Saarland, Lothringen und Luxemburg beschränkte Kooperation um die DG und die Wallonische Region als vollwertige Mitglieder erweitert.

Seit der Unterzeichnung des Schengener Abkommens am 14. Juni 1985 rückten die Grenzregionen zunehmend in den Blick der europäischen Institutionen. Nach einer Probephase 1988/1989 unterstützte die Europäische Kommission ab 1990 die grenzüberschreitende Zusammenarbeit durch Interreg-Programme.³⁶ Von Beginn an war die DG, etwa in den Bereichen Tourismus und Arbeitsmarkt, am Interreg-Programm „Euregio Maas-Rhein“ beteiligt.³⁷ 2000 wurde sie zudem Partner des Interreg-III-Programms „Deutschland – Luxemburg – Deutschsprachige Gemeinschaft“, einem der drei Vorläufer des Interreg-Programms der Großregion.³⁸

Angeregt durch die politischen und institutionellen Entwicklungen zu Beginn der 1990er Jahre riet der PDB-Fraktionsvorsitzende Gerhard Palm der Regierung 1992, „in [i]hrer Verwaltung einen Beamten, vielleicht sogar mehrere, speziell damit [zu] beauftragen, die schnellsten Wege durch das Labyrinth der EG-Zuschüsse zu suchen [...]“.³⁹ Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Verwaltung von EU-Förderprogrammen – neben den Interreg-Programmen auch der Europäische Sozialfonds (ESF) sowie die Förderungen im Bereich ländliche Entwicklung und



Die Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Brüssel besteht seit 2005 im Hôtel de Brouckère. Die Vertretung soll es der DG erlauben, mit anderen Gebieten in Belgien und der Europäischen Union in Kontakt zu treten.



Nicht nur die Deutschsprachige Gemeinschaft pflegte Beziehungen zu anderen Institutionen. Auch die ostbelgischen Gemeinden knüpften Städtepartnerschaften. Die Stadt Sankt Vith hat beispielsweise seit 1983 eine Partnerschaft mit der Stadt Kerpen.

Bildung – sollten eine feste Größe in den Außenbeziehungen der Gemeinschaft bleiben.

Außenbeziehungen im Brüsseler Windschatten

In der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurden die Außenbeziehungen in erheblichem Ausmaß von exogenen Einflüssen geprägt. Doch wenngleich die DG-Exekutive ihre Entscheidungsspielräume nutzte, gingen prägende Entwicklungen der ostbelgischen Außenpolitik in dieser Phase nicht von Eupen, sondern in mehrfacher Hinsicht von

Brüssel aus. Zu den stärksten Impulsen zählten dabei der belgische Föderalisierungsprozess und die europäischen Integrationsentwicklungen durch den Maastrichter Vertrag.

Im europäischen Kontext wurde das Recht, im Rahmen der Zuständigkeiten der Gemeinschaften internationale Verträge zu schließen, zur mitunter belastenden Pflicht.⁴⁰ Internationale Verträge, die die Zuständigkeiten der belgischen Gliedstaaten betrafen, erforderten fortan auch die Zustimmung der jeweiligen Legislativen. Das Rahmenabkommen vom 30. Juni 1994 regelte darüber hinaus die Vertretung Belgiens in internationalen Organisationen und Netzwerken, die nach einem analogen Prinzip funktioniert.⁴¹ So ist die DG unter anderem Teil der belgischen Delegation im Europarat, in der OECD und der UNESCO.

Doch was die Gleichheit aller Regionen und Gemeinschaften im Königreich unterstrich und den Gestaltungsspielraum sowie die Sichtbarkeit der DG erhöhte, bedeutete eine gewaltige Herausforderung. Eine Überforderungsangst deutete sich etwa während der DG-Ratsdebatten über den Dekretentwurf zur Billigung des Vertrags über die Europäische Union (Maastrichter Vertrag), den die Mitgliedstaaten am 7. Februar 1992 unterzeichnet hatten, an. Die starke Rolle, die der Maastrichter Vertrag den Gemeinschaften und Regionen zusprach, belastete die Abgeordneten des RDG zusätzlich, so der Ecolo-Fraktionsvorsitzende Lambert Jaegers, der für seine Partei das Vertragswerk als unzulänglich ablehnte.

„Sie können mir glauben – und ich bin sicher, daß ich nicht der einzige bin, dem es so geht –, daß mich die Arbeit im Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Zeit überfordert. Ich frage mich, woher ich die Zeit und die Kraft nehmen sollte, um mich nach Feierabend intensiv und seriös mit all diesen Angelegenheiten auseinanderzusetzen.“⁴²

Auch Teile der PFF-Fraktion schlossen sich der kritischen Haltung gegenüber dem Maastrichter Vertrag an. Alfred Evers zeigte sich skeptisch und warnte, „Europa [würde] ohne genügende Harmonisierung liberalisier[t]“ und „ein erbarmungsloser Konkurrenzkampf einsetzen [...]“.⁴³

Bezugnehmend darauf, dass inzwischen auch medial berichtet wurde, die DG könne den Vertrag ablehnen und damit die Ratifizierung Belgiens verhindern,⁴⁴ stellte der

SP-Abgeordnete Edmund Stoffels klar: „Bleiben wir realistisch: 70 000 Ostbelgier werden und können die belgische Zustimmung zum Vertrag zur Europäischen Union nicht verhindern.“⁴⁵ Trotz der in der Debatte deutlich gewordenen Herausforderungen, die mit der neuen europäischen Ordnung einhergingen, setzten sich die DG-Regierung und die Mehrheit der Ratsmitglieder für eine starke Repräsentation der Gemeinschaft auf europäischer Ebene ein.⁴⁶

Gemäß Artikel 146 des Maastrichter Vertrags können die Mitglieder von Regionalregierungen im Rat der Europäischen Union (Ministerrat) stellvertretend für den jeweiligen Mitgliedstaat sprechen.⁴⁷ Belgien wird entsprechend der jeweiligen Zuständigkeit von den Föderal-, Gemeinschafts- oder Regionalministern vertreten.⁴⁸ Während ein zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und Regionen vereinbartes Rotationsprinzip und eine vom Außenministerium koordinierte Abstimmung die Vertretung Belgiens im Ministerrat gewährleisteten,⁴⁹ bestand in Bezug auf die repräsentative Vertretung in anderen EU-Institutionen zunächst größerer Aushandlungsbedarf. Dies war beispielsweise beim Ausschuss der Regionen der Fall, in den die DG mittels eines Kompromisses einzog, indem Flamen und Frankophone jeweils ein halbes Mandat abtraten.⁵⁰

In der Frage der Sitzverteilung für die Wahlen zum Europaparlament konnte die DG einmal mehr von langjährigen Streitigkeiten zwischen Flamen und Frankophonen profitieren. Bei den Europawahlen 1989 wurden Belgien 24 Sitze

zugestanden, von denen 13 auf flämische und elf auf frankophone Wahlkreise entfielen.⁵¹ Diese nicht dem Bevölkerungsproporz entsprechende Aufteilung wurde von flämischer Seite intensiv kritisiert, und im Rahmen der Verhandlungen über die Regierungsbildung 1992 wurde eine Abänderung beschlossen. Dem flämischen Wahlkollegium wurden für die nächsten Europawahlen 14 Sitze zugesprochen, den Frankophonen zehn Sitze. Nach der deutschen Wiedervereinigung und der damit einhergehenden Vergrößerung des Europaparlaments erhielt Belgien jedoch einen zusätzlichen 25. Sitz, was die ausgehandelte Balance zwischen den beiden Landesteilen gefährdete.

Doch in der Frage, ob die DG einen Sitz im Europaparlament für sich einfordern sollte, waren sich nicht alle Fraktionen des RDG einig. Zwar nahm der Rat einen diese Forderung beinhaltenden Resolutionsvorschlag zum Ausbau des Autonomiestatuts der Deutschsprachigen Gemeinschaft am 25. Mai 1992 an.⁵² Ecolo hatte sich bei der Abstimmung jedoch aus demokratietheoretischen Erwägungen enthalten, da für die DG nur ein Abgeordneter ins EU-Parlament würde einziehen können und somit keine pluralistische Vertretung der Interessen aller deutschsprachigen Belgier gewährleistet werden könne.⁵³

Auf Vorschlag von Premierminister Dehaene (CVP) wurde im St.-Michaels-Abkommen vom 29. September 1992 festgehalten, dass die deutschsprachigen Belgier einen Sitz im EU-Parlament erhalten sollten.⁵⁴

Am 12. Juni 1994 waren schließlich 45.219 deutschsprachige Belgierinnen und Belgier aufgerufen, ihre Stimme für die Wahlen zum Europaparlament – erstmals elektronisch – in einem eigenen Wahlkreis abzugeben.⁵⁵ Seit Bestehen des eigenen Wahlkreises gewann die CSP jedes Mal das Mandat für das Europaparlament.

Der Föderalisierungsprozess und die europäischen Integrationsentwicklungen forderten die DG in neuem Maße heraus. Bei überschaubaren personellen Ressourcen hatte sie nicht viel Zeit, in die ihr qua Verfassung zugestandenen neuen Aufgaben hineinzuwachsen. Nachdem sich die Europäische Gemeinschaft seit 1989 durch die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Ostbelgien zeigte, zog die DG ab 1993/1994 auch in die höchsten Entscheidungsebenen der EU ein. Im Windschatten der Brüsseler Entwicklungen musste die kleinste



Während die Stadt Sankt Vith mit Kerpen eine Städtepartnerschaft eingegangen war, war die Stadt Eupen seit 1974 zur Förderung des kulturellen und wirtschaftlichen Austauschs mit dem flämischen Temse verschwistert.

belgische Gemeinschaft einerseits auf ihre Gleichberechtigung pochen und andererseits die damit verbundenen Herausforderungen und die aufkeimende Überforderungsangst bewältigen.

Ein neuer Wind nach dem Regierungswechsel

Mit dem Wechsel an der Regierungsspitze der DG im Jahr 1999 brach ein neues Kapitel für die Außenbeziehungen an. Bereits in seiner Funktion als Minister hatte Karl-Heinz Lambertz (SP) im Rahmen seiner Zuständigkeiten auf einen Ausbau der Außenbeziehungen gesetzt. So etwa beim Lehrlingsaustausch zwischen der DG und der brandenburgischen Eisenhüttenstadt nach der Übernahme von Eko-Stahl durch den belgischen Stahlkonzern Cockerill Sambre, der ein Pfeiler der über mehr als zwei Jahrzehnte währenden Kooperation unter dem Slogan „von Osten zu Osten“ mit dem Landkreis Oder-Spree wurde.⁵⁶ Auch für die bis heute intensive Kooperation mit dem Landschaftsverband Rheinland hatte Lambertz mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die Unterbringung gefährdeter Jugendlicher aus der DG in den Erziehungshilfe-Einrichtungen im Rheinland einen wichtigen Grundstein gelegt.⁵⁷ Ab der Jahrtausendwende formte Lambertz, nun als Ministerpräsident mit der entsprechenden Zuständigkeit ausgestattet, die Außenbeziehungen weiter aus.



Neben den Beziehungen zu anderen Staaten oder deren Gebieten spielten vor allem die innerbelgischen Beziehungen eine wichtige Rolle. Das Bild zeigt die Unterzeichnung eines Kooperationsabkommens zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit Joseph Maraite und der Französischen Gemeinschaft mit Laurette Onkelinx am 12. April 1995.

In den Jahren 2001 bis 2004 wurden die teilweise bereits in den 1980er Jahren abgeschlossenen und in den 1990er Jahren erneuerten Zusammenarbeitsabkommen mit den Gemeinschaften, den Regionen und der Provinz an die jeweils neuen Zuständigkeiten nach der fünften Staatsreform angepasst, erweitert oder es wurden neue spezifische Abkommen in bestimmten Bereichen abgeschlossen.⁵⁸ An der neuen Qualität der Zusammenarbeit ließ Lambertz bei der Diskussion um das Flandern-DG-Abkommen Anfang 2002 keinen Zweifel. Sie eröffneten neue Kooperationsmöglichkeiten in allen Zuständigkeitsbereichen der Gemeinschaft, so Lambertz.⁵⁹ Das „vitale Interesse“ an den Beziehungen zu den inländischen Nachbarn bestätigte die CSP ebenso wie die anderen PDG-Fraktionen. Zwar warnte die PJU-PDB vor einer Vereinnahmung seitens der Wallonischen Region,⁶⁰ doch auch in diesem Punkt herrschte fraktionsübergreifende Einigkeit: Die innerbelgischen Beziehungen mussten auf Gleichheit der Bestandteile des belgischen Staates fußen.⁶¹

Die grenzüberschreitenden Beziehungen der DG gestalteten sich weiterhin in erster Linie im Rahmen der Euregio Maas-Rhein und der Großregion. Im Januar 2007 zog das Büro der Euregio Maas-Rhein (EMR) nach Eupen. Nicht nur für Lambertz war mit dem Umzug eine „Aufwertung des Standortes Ostbelgien“ verbunden.⁶²

Ob im Rahmen der multilateralen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den beiden Verbänden oder der bilateralen Zusammenarbeit mit den angrenzenden Partnern, aus den unmittelbar grenzüberschreitenden Kontakten entstanden die meisten und konkretesten Kooperationen in sämtlichen Zuständigkeitsbereichen der DG. Die Mehrheitsfraktionen im Rat wurden nicht müde, sie als Beispiele für den Nutzen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit heranzuziehen. Der SP-Abgeordnete Charles Servaty und der PDB-Abgeordnete Gerhard Palm hoben 2007 beispielsweise die grenzüberschreitenden Polizei-, Feuerwehr- und Rettungseinsätze hervor.⁶³ Mit dem Landschaftsverband Rheinland entwickelte die DG-Regierung eine Zusammenarbeit, die seit der Unterzeichnung des Abkommens am 4. Mai 2006 in Umfang und Intensität jener mit den belgischen Gemeinschaften gleicht.⁶⁴

Umstrittener als die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarn in Deutschland, den Niederlanden und in Luxemburg waren die interregionalen Kontakte mit



*Das Verhältnis der Gewerkschaften zu Grenzthematiken war ambivalent. Gerade gegen den Wegfall der europäischen Binnen-
grenzen machten sie mobil. Das Bild zeigt das Abladen von 3 Tonnen Mist vor dem Hauptsitz der PSC in Brüssel von ostbelgi-
schen CNE-Mitgliedern vor einem Treffen mit Justizminister Melchior Wathelet im Jahr 1991.*

nicht direkt benachbarten Regionen. Mit fast allen deutschen und österreichischen Bundesländern, mit schweizerischen Kantonen und mit Südtirol bauten die Lambertz-Regierungen Projekte oder bereichsübergreifende Kooperationen aus oder auf. Auch vor Kooperationen mit Nationalstaaten schreckte die kleinste belgische Gemeinschaft nicht zurück und schloss zwischen 2000 und 2002 Zusammenarbeitsabkommen mit Frankreich, Luxemburg und Ungarn ab.⁶⁵ Die umfassenden interregionalen und internationalen Rahmenabkommen rückten die DG-Exekutive allerdings an ihre Ressourcengrenze.⁶⁶

Außenstellen der DG in Brüssel und Berlin

Bereits in den 1980er Jahren hatte Ministerpräsident Maraite die Föderalregierung um die Bereitstellung von Räumlichkeiten für die DG in Brüssel ersucht. „Wenn man nicht die Möglichkeit hatte, im Kabinett eines Brüsseler Ministers zu arbeiten, musste man für einige Stunden mit seinen Akten in einem Café sitzen“, erinnerte Maraite sich an die missliche Lage der DG-Minister, die sich regelmäßig zu Terminen in der Hauptstadt aufhielten.⁶⁷ 1991 stellte die Nationalregierung der Gemeinschaft Räumlichkeiten im

Erdgeschoss des Instrumentenmuseums in der Rue Minimes zur Verfügung, die in den Folgejahren auch als Konferenz- und Veranstaltungsort dienten.⁶⁸

Als sich um 2000 abzeichnete, dass das Jüdische Museum in die Räumlichkeiten der Rue Minimes einziehen sollte, war es an der Lambertz-Regierung, eine neue Außenstelle zu finden. Nach Verhandlungen mit der Föderalregierung übertrug diese der Gemeinschaft das repräsentative, aber renovierungsbedürftige „Hôtel de Brouckère“ in der Jakob Jordaensstraat per Erlass vom 6. Dezember 2002.⁶⁹

Zum 1. Februar 2002 stellte die Regierung einen Mitarbeiter mit Dienstsitz in Brüssel ein.⁷⁰ Der damals 26-jährige, aus Koblenz stammende Jörg Horn sollte unter anderem Lobbyarbeit bei den europäischen Institutionen und Netzwerkarbeit mit den in Brüssel vertretenen Regionen leisten.⁷¹ Die Stellenbesetzung wurde jedoch nach wenigen Monaten zum Skandal, als der BRF am 19. September 2002 berichtete, Horn habe vor seiner Einstellung Beiträge in vom deutschen Verfassungsschutz als rechtsradikal eingestuften Zeitschriften publiziert. Was von Ministerpräsident Lambertz zunächst als eine gegen ihn persönlich



Ein Blick auf den Internetauftritt der Comisa-Grenzlandschau im Jahr 2006. Jährlich wurde abwechselnd zwischen Sankt Vith und Prüm seit 1967 die Handelsmesse zur Förderung der Wirtschaft der beiden ländlichen Zentren ausgetragen. Auch diese Initiativen trugen zur Vertiefung der Außenbeziehungen bei.

gerichtete Hetzkampagne heruntergespielt wurde, zog schnell größere Kreise.

Weitere belgischen Medien, unter anderem La Meuse, Le Soir, RTBF und RTL-TVI, griffen das Thema auf und titelten etwa: „Jörg Horn est-il bien représentatif?“⁷² Nicht nur das Image der Vertretung, sondern auch das der DG begann unter dem Fall zu leiden. Am 2. Oktober 2002 beschloss die Regierung schließlich, „den Vertrag von Herrn Horn mit sofortiger Wirkung zu kündigen [...]“.⁷³ Abgeschlossen war der Fall damit noch nicht. Die CSP forderte politische Konsequenzen. Längst ging es nicht mehr nur um eine Personallie. Auch die Angst, sich als deutschsprachige Belgier nicht ausreichend von Deutschland zu distanzieren, schwang mit. So kritisierte der CSP-Fraktionsvorsitzende Albert Gehlen die Besetzung der Stelle als Vertreter der DG mit einem Deutschen, woraufhin Lambertz ihm vorwarf, „[...] anti-deutsche Ressentiments zu schüren [...]“.⁷⁴ Nicht zuletzt zeugte der „Fall Horn“ von den offensichtlichen Defiziten der Einstellungspolitik, aber auch von der Schwierigkeit, qualifiziertes Personal aus Ostbelgien für das mitunter rutschige diplomatische Parkett in Brüssel zu gewinnen.

Nach diesem Fehlstart der ständigen Präsenz der DG in Brüssel übernahm die erfahrene Exekutivbeamtin Myriam Pelzer, die als Koordinatorin des Dienstes für Außenbezie-

hungen zeitgleich in Eupen tätig und Vertreterin des Ministerpräsidenten bei der Großregion war, die Leitung der Vertretung.⁷⁵ Obwohl sie zahlreiche Kooperationen und Veranstaltungsformate etablierte, schien in der breiten Bevölkerung noch nicht angekommen zu sein, welchen Mehrwert die Vertretung in Brüssel bedeutete. Nachdem der vormalige BRF-Journalist Alexander Homann die Leitung der Vertretung am 1. September 2011 übernommen hatte, äußerte er gegenüber dem Grenz-Echo: „Irgendwann wird man einsehen, dass das ganz nützlich ist.“⁷⁶

Neben der eigenen Vertretung entsandte die DG ab dem 15. März 2007 mit Xavier Kalbusch auch einen Repräsentanten der Gemeinschaft in die Ständige Vertretung Belgiens bei der EU. Der Lambertz-Regierung, die bereits 2001 die Entsendung eines Repräsentanten in die Ständige EU-Vertretung Belgiens angekündigt hatte, war außer an einem besseren Zugang zu Informationen auch daran gelegen, auf gleicher Stufe mit den anderen Gemeinschaften und Regionen in der Ständigen Vertretung des Königreichs präsent zu sein.⁷⁷

Nicht nur in Brüssel, auch in der deutschen Bundeshauptstadt sollte die Vertretung der DG gestärkt werden. Bereits unter der Regierung Maraitte verfügte die DG über ein Büro in der belgischen Botschaft in Berlin.⁷⁸ Eine personelle Präsenz der DG war jedoch zunächst nicht eingerichtet worden und stand, wenn man den rückblickenden Ausführungen Maraites folgt, unter CSP-Führung auch nicht zur Disposition.⁷⁹

Konkrete Formen nahm Lambertz' Vorhaben im Juni 2006 an, als die Regierungen der Wallonischen Region und der DG in einer gemeinsamen Regierungssitzung beschlossen, eine gemeinsame Vertretung einzurichten, die von einem Delegierten der DG geleitet werden sollte.⁸⁰ Karl-Heinz Lambertz zeigte sich überzeugt, dass

„[...] die Deutschsprachige Gemeinschaft ihre Möglichkeiten als Bindeglied [somit] nicht nur in schöne Worte kleiden, sondern tagtäglich in konkrete Taten umsetzen [könne]“.⁸¹

Noch bevor die gemeinsame Vertretung eingerichtet wurde, trat die erste Delegierte der DG ab dem 2. Mai 2007 ihren Dienst im Gebäude der belgischen Botschaft an.⁸² Als die Regierungen der DG, der Wallonischen Region und der

Französischen Gemeinschaft am 3. Juli 2008 die Vereinbarung über eine gemeinsame Vertretung in Berlin unterzeichneten, konnte die DG somit bereits auf erste Erfahrungen aufbauen. Als ersten Delegierten der gemeinsamen Vertretung bestellte die Regierung mit Stephan Förster den Leiter des Fachbereichs Außenbeziehungen im Ministerium der DG, der ab dem 1. September 2008 in Personalunion die Vertretung in Berlin leitete.⁸³

Mit dem Aufbau der Vertretung in Berlin war auch für Ministerpräsident Lambertz die Expansion der DG zunächst abgeschlossen, wie er dem Grenz-Echo erklärte: „Der Kraftakt, die DG auf die Landkarte der Außenbeziehungen zu setzen, hat ein Ende.“⁸⁴

Personeller Aufwuchs und Strategie für die Außenbeziehungen

Mit der Intensivierung der Außenbeziehungen ging auch ein personeller Aufwuchs einher. Im Zuge der Verwaltungsreform der DG-Exekutive 2002 wurde der Dienst Außenbeziehungen im Ministerium der DG von zwei auf sechs Personen vergrößert. Mit Herbert Lennertz und Manfred Bohn wurden zwei Beamte aus der Verwaltungsspitze in den Dienst Außenbeziehungen versetzt.⁸⁵ Bis 2007 wuchs die Equipe des Fachbereichs Außenbeziehungen auf neun und bis 2012 auf 20 Mitarbeitende an, die zum Teil in den Vertretungen in Brüssel und Berlin oder bei der Euregio Maas-Rhein arbeiteten, überwiegend aber in Eupen die europäischen Förderprogramme verwalteten.

Nach einer ersten Professionalisierungsphase mit dem Ausbau des Fachbereichs Außenbeziehung hatte die DG-Exekutive 2006 eine Bestandsaufnahme der Außenbeziehungen in der Schriftenreihe des Ministeriums herausgebracht.⁸⁶ Darauf aufbauend entwickelte sie strategische Leitlinien, die sie in der Regierungserklärung zur Lage der DG im September 2006 formulierte. Die Außenbeziehungen sollten dazu dienen,

*„die DG in Belgien und im europäischen Ausland zu positionieren, ein vollständiges Dienstleistungsangebot für die Bevölkerung der Gemeinschaft zu gewährleisten, die Qualität der Dienstleistungen durch Austausch zu erhöhen und die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu erweitern“.*⁸⁷

2007 ergänzte die Regierung diese Zielsetzungen durch eine Priorisierung ihrer Tätigkeiten. An erster Stelle standen die innerbelgischen Beziehungen, gefolgt von den Aufgaben der Gemeinschaft im Rahmen der EU. Dann folgten die grenzüberschreitenden Kooperationen, die Zusammenarbeit mit dem deutschsprachigen Ausland und schließlich das Engagement in internationalen Netzwerken und Organisationen.⁸⁸

Was Lambertz und seine Regierung als nützliches Instrument zur Gestaltung der Gemeinschaftsautonomie betrachteten, ging für andere jedoch über die Grenzen des Zweckmäßigen hinaus.

Abrechnung: Kosten und Nutzen der Außenbeziehungen in der Debatte

Bereits seit den 1980er Jahren wurden die Kosten der DG-Außenpolitik und insbesondere der Auslandsreisen der Regierungsmitglieder von der Opposition kritisiert. Als der für Sport zuständige DG-Minister Mathieu Grosch und Sportinspektor Paul Ortmann 1988 auf Einladung des Belgischen Olympischen und Interföderalen Komitees (BOIK) zu den Olympischen Spielen nach Seoul gereist waren, wetterte der PDB-Abgeordnete Gerhard Palm gegen „[...] Minister, die auf Kosten des Steuerzahlers nach Seoul in Urlaub fahren“.⁸⁹ Sicher handelte es sich bei der Koreareise nicht um eine regelmäßige Destination der DG-Exekutive. Doch auch die Kosten einer Südtirolreise des Ministerpräsidenten im Mai 1992 kritisierte Palm in einer Interpellation, auf die Joseph Maraite antwortete:

*„Würden wir keine offiziellen Besuche abstatten, würden wir einen Rüffel bekommen. Gehen wir aber zu internationalen Versammlungen oder machen wir solche Besuche, dann heißt es, wir geben zu viel Geld aus.“*⁹⁰

Diese noch recht harmlose Beanstandung der mit den Auslandsreisen von Regierungsmitgliedern verbundenen Kosten bahnten die Debatten, die in den 2000er Jahren folgen sollten, nur an. Die Kritik der Opposition, aber auch Stimmen aus der Bevölkerung gewannen an Schärfe, als die Regierung sich Mitte der 2000er Jahre zu Sparmaßnahmen in anderen Bereichen gezwungen sah.⁹¹

Deutlich wurde dies etwa in einer mehrstündigen Debatte über den Bericht zur Aussprache über die Außen-

beziehungen der DG am 26. Februar 2007. Das Wort „Kosten“ fiel in der Sitzung 19-mal, davon siebenmal in der Wortkombination „Kosten-Nutzen-Analyse“ bzw. „Kosten-Nutzen-Rechnung“.⁹² Lambertz hob in seiner einleitenden Stellungnahme nachdrücklich hervor, die laufenden Kosten der Außenbeziehungen schlugen mit 460.000 Euro und somit lediglich 0,27 Prozent des Gesamthaushalts der DG zu Buche.⁹³ Dass er dabei Abgeordnete, die den überwiegenden Nutzen der Außenbeziehung nicht einsehen wollten, als „dumm“⁹⁴ bezeichnete, wird die Diskussion im Parlament der DG nur weiter angefacht haben.

Die Debatte verdeutlicht einmal mehr, dass die Positionierung der ostbelgischen Abgeordneten zu den Außenbeziehungen der Gemeinschaft stark davon abhing, ob sie den Mehrheitsfraktionen oder der Opposition angehörten. Joseph Maraite rechtfertigte beispielsweise die Außenbeziehungen, soweit seine Regierung sie bis 1999 vorangetrieben hatte, darüber hinausgehende Unternehmungen seines Nachfolgers bewertete er kritisch. Der Meinungsumschwung seines Parteikollegen Albert Gehlen schaffte es sogar in die Medien:

„Dass Albert Gehlen [auf die Vertretung in Berlin] so gereizt reagierte, verwundert etwas. Als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses hat er wiederholt für das kleine Belgien in der großen weiten Welt geworben.“⁹⁵

Eine interessante Wendung vollzogen auch Vertreter der PDB. So zeigte sich u. a. Gerhard Palm nach der Regierungsbildung unter Beteiligung der PDB 2004 nachsichtiger. Bereits in den 1980er und 1990er Jahren hatte er sich als einer der Ersten mit der Kritik an den Kosten der Außenbeziehungen hervorgetan. 2007 räumte er ein:

„[W]enn wir uns zu Nachbarn und Freunden begeben, dann dürfen wir nicht gleich die Frage stellen, was wir denn für Vorteile oder für einen unmittelbaren Nutzen davon haben.“⁹⁶

Als die Diskussionen um die Auslandsaufenthalte bereits brodelten, stellte die Ecolo-Abgeordnete Franziska Franzen im März 2011 im Parlament eine schriftliche Frage nach den Kosten und dem Mehrwert der Auslandsreisen aller Minister für das Jahr 2010. Doch obwohl die Daten verfügbar waren und die Minister Paasch, Weykmans und Molers ihre jeweiligen Angaben im April 2011 an das Kabinett

des Ministerpräsidenten übermittelt hatten, beantwortete Karl-Heinz Lambertz die Frage zunächst nicht - er habe keine Zeit gehabt, eine aufwändige Nutzenanalyse anstellen zu lassen.⁹⁷ Lambertz vermutete eine durch Kommentare in Online-Foren angestachelte „Jagd auf die Regierungsmitglieder“ und ein „Spielchen [...] seitens der Presse“,⁹⁸ wobei er insbesondere das Grenz-Echo hervorhob, dem er eine „unappetitliche Polemik“ vorwarf.⁹⁹ Erst im Februar 2013 konnte das Grenz-Echo - dem die 19-seitige Antwort der Regierung am selben Tag zuzug wie dem Parlament - titeln: „32 Reisen, 46.198,25 Euro, fast zwei Jahre“.¹⁰⁰ Auf die Veröffentlichung folgten zahlreiche Kommentare und Leserbriefe, die vom Unmut über die Kosten der Auslandsreisen und den Umgang des Ministerpräsidenten mit der parlamentarischen Frage zeugten.¹⁰¹

Welchen langfristigen Einfluss die Debatte auf die Außenbeziehungen der DG hatte, zeigte die „Grundsatzklärung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Hinblick auf die Gestaltung und Behandlung der Außenbeziehungen“ vom 19. November 2012.¹⁰² Abgesehen von der Konsolidierung der innerbelgischen, grenzüberschreitenden und europäischen Tätigkeit des Parlaments selbst, bekräftigt sie auch

„[...] die Aufgabe des Parlaments, die Regierungspolitik in Sachen Außenbeziehungen parlamentarisch zu begleiten, zu orientieren und zu kontrollieren sowie diesbezüglich einen regelmäßigen Informations- und Meinungsaustausch vorzusehen“.¹⁰³

Das Grenz-Echo betonte, die Regierung müsse fortan vor dem Parlament Rechenschaft über ihre Aktivitäten im Bereich Außenbeziehungen ablegen.¹⁰⁴

Ausblick und Fazit

Eine komprimierte Geschichte der institutionellen Außenbeziehungen der DG der vergangenen 50 Jahre lässt zwangsläufig Lücken offen, wenn man „unter Außenbeziehungen [...] alle Formen der Interaktion über die Grenzen der DG hinweg [...] versteh[t]“, wie es die DG-Regierung tat.¹⁰⁵ So erhebt auch der vorliegende Beitrag keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht alle Akteure, Projekte und Abkommen konnten in diesem Rahmen behandelt werden. Vielmehr liegt erstmals eine Darstellung der Außenbeziehungen vor, die deren Bedeutung im Spiegel der

parlamentarischen und medialen Auseinandersetzung aufzeigt und die verschiedenen Entwicklungsphasen der DG berücksichtigt.

Die Außenbeziehungen der DG entwickelten sich seit den 1990er Jahren einerseits vor dem Hintergrund exogener Faktoren, in deren Rahmen die Regierung ihren Entscheidungsspielraum nutzen konnte. In den 1990er Jahren schufen die belgische Föderalisierung und die europäische Integration neue Rahmenbedingungen, unter denen sich die Außenbeziehungen weiter ausformten. Doch wo die Gleichberechtigung mit den anderen belgischen Gliedstaaten erreicht wurde, mussten auch neue Aufgaben bewältigt werden. Der Überforderungsangst stand eine zweite Angst, die Minderheitenangst, nicht als mit den anderen belgischen Gliedstaaten gleichwertiger Partner angesehen zu werden, gegenüber. Sie bewegte die Regierung dazu, sich für die gemessen an der Bevölkerungsgröße überproportional starke Vertretung der DG in den europäischen Institutionen einzusetzen.

Andererseits spielten aber auch die jeweiligen Prioritäten, die die DG-Regierungen den Außenbeziehungen einräumten und die sich letztlich auch zeitlich, personell und finanziell niederschlugen, eine entscheidende Rolle. Ab 1999 formte die Regierung die Außenbeziehungen zu einem Instrument der Autonomiegestaltung aus, das vielfach mit dem Lambertz'schen Satz „Autonom sein heißt nicht, alles selbst zu machen, sondern offen zu sein für Zusammenarbeit“ umrissen wurde.¹⁰⁶ Gleichzeitig zeugte Lambertz' Handeln von seinem neuen Verständnis der Rolle der DG in Europa. Was für die Regierungsparteien Chance zur Positionierung der DG und zur Gestaltung der Zuständigkeiten war, hielten andere für präventiv, wie in zahlreichen Debatten deutlich wurde. Inwiefern die Regierungen die Außenbeziehungen verhältnismäßig und effizient gestalteten, kann hier nicht abschließend bewertet werden, zumal die konkreten Kosten teilweise einem mittelbaren Nutzen, wie der Bekanntheit Ostbelgiens, gegenüberstehen. Eine solche Untersuchung, die vor dem Hintergrund der dargelegten Entwicklungen sowohl von akademischem als auch von praktischem Interesse wäre, muss weiteren Studien überlassen bleiben.

Endnoten

- 1 Vgl. David Crikemans, Catherine Lanneau, Les relations extérieures de la Flandre, de la Communauté française, de la Région wallonne et de la Région de Bruxelles-Capitale, in: Marc Van den Wijngaert (Hrsg.), D'une Belgique unitaire à une Belgique fédérale. 40 ans d'évolution politique des Communautés et des Régions (1971-2011), Brüssel 2011, S. 201-220.
- 2 Vgl. Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft (Hrsg.), Die Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Eupen 2006; Stefan Braun, Die Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bachelorarbeit in Politischen Wissenschaften, RWTH Aachen 2016; Olivier Hermanns, Die Kooperation der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens mit Deutschland auf den Ebenen des Staats- und des Verwaltungsrechts, Frankfurt a. M. 2011; Marc Uytendaele (Hrsg.), Fédéralisme et relations internationales, Brüssel 1998.
- 3 RdK, Sitzungsperiode 1979-1980, Nr. 1, Ausführlicher Bericht, 16.10.1979, S. 15 f.
- 4 Auch für die beiden anderen Sprachgemeinschaften war die Kultur das wesentliche Element ihrer Außenbeziehungen bis zur Übertragung des Außenhandels 1988 (vgl. Crikemans/Lanneau, Relations, in: Van den Wijngaert (Hrsg.), Belgique, S. 201 f., 213).
- 5 Vgl. Christoph Brüll, Vom Abklingen der „Phantomschmerzen“. Die Bundesrepublik und „Eupen-Malmedy“ (1949-1985), in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 118/119 (2018), S. 353-384, hier S. 377 ff.
- 6 Grenz-Echo, 28.4.1978, S. 4.
- 7 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin), Zwischenarchiv 115643, Botschafter Limbourg an Auswärtiges Amt, 12.5.1978.
- 8 Ebd.; vgl. auch Brüll, Abklingen, S. 376.
- 9 Vgl. Christoph Brüll, Von Eupen-Malmedy nach Ostbelgien. Eine deutsch-belgische Beziehungsgeschichte, in: Sebastian Bischoff, Christoph Jahr, Tatjana Mrowka, Jens Thiel (Hrsg.), „Mit Belgien ist das so eine Sache ...“. Resultate und Perspektiven der Historischen Belgienforschung, Münster 2021, S. 99-109, hier S. 106 f.
- 10 Undine Ruge, Die Erfindung des „Europa der Regionen“. Kritische Ideengeschichte eines konservativen Konzepts, Frankfurt a. M. 2003; Wilfried Loth, Europäische Identität in historischer Perspektive, in: Zentrum für Europäische Integrationsforschung (Hrsg.), Discussion Paper C 113, Bonn 2002, S. 13; Marie-Thérèse Bitsch (Hrsg.), Le fait régional et la construction européenne, Brüssel 2003.
- 11 Der „Ausführliche Bericht“ verzeichnet an dieser Stelle neben allgemeinem Applaus „Bravo“-Rufe aus den Reihen der PDB (RdK, Sitzungsperiode 1979-1980, Nr. 1, Ausführlicher Bericht, 16.10.1979, S. 16).
- 12 Anna Quadflieg, 50 Jahre Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 19), Eupen 2023; Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (Hrsg.), Zusammenarbeit Europäischer Grenzregionen, Baden-Baden 2008.
- 13 Claudia Hiepel, „Borders are the Scars of History“? Cross-border Co-operation in Europe – the Example of the EUREGIO, in: Journal of European Integration History 2 (2016), S. 263-277.
- 14 Vgl. Christoph Brüll, Europäische Integration und Europa der Regionen. Überlegungen zur Geschichte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den Beziehungen Belgiens und Nordrhein-Westfalens, in: Geschichte im Westen 30 (2015), S. 127-143; Marijn Molema, European Integration from below: the Construction of the Ems-Dollart Region, 1964-1978, in:

- Journal of European Integration History 2 (2011), S. 271-283; Bernard Ludwig, Andreas Linsenmann (Hrsg.), *Frontières et réconciliation. L'Allemagne et ses voisins depuis 1945*, Brüssel 2011.
- 15 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 20.3.1988, S. 593, und Sitzungsperiode 1988-1989, Nr. 1, Ausführlicher Bericht, 20.9.1988, S. 14 f.
 - 16 Vgl. Silvia Sassano, *The Long Road to Interreg: The Role of European Parliament in the Institutionalization of Cross-border Cooperation in Europe (1958-1990)*, in: *Eurotimes* 20 (2015), S. 145-163, hier S. 151 ff.
 - 17 Historische Archive der Europäischen Union (Florenz), PE0-2899, *Difficultés pour les transports de voyageurs et de marchandises par route aux frontières intérieures* (Guillaume Schyns) (1978-1979), https://archives.eui.eu/en/fonds/187679?item=PE0.AP-RP.TRAN_1976-2899 (26.4.2023).
 - 18 Vitus Sproten, Els Herrebout, *Inventar Archivbestand Kulturamt – Dienststelle für kulturelle Angelegenheiten des Gebietes deutscher Sprache. Verwaltungsdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft: Inspektion ((1946)1965-1993(2004))* (Inventare des Staatsarchivs in Eupen, 27), Brüssel 2022, S. 11 f.
 - 19 Vgl. *Grenz-Echo*, 17.12.1988; RDG, Sitzungsperiode 1989-1990, Nr. 16, Ausführlicher Bericht, 19.6.1990, S. 662 ff.
 - 20 Vgl. *Grenzland-Report*, 18.4.1986; RDG, Sitzungsperiode 1988-1989, Nr. 12, Ausführlicher Bericht, 12.6.1989, S. 500-515.
 - 21 Vgl. *Grenz-Echo*, 27.3.1987; 20.7.1987; 29.6.1987; 4.7.1987; 23.2.1988; *Escher Tageblatt*, 26.5.1984.
 - 22 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 28.3.1988, S. 554-558.
 - 23 RdK, Sitzungsperiode 1975-1976, Nr. 1, Vorschlag einer Resolution betreffend die Euregio zu richten an die Gouverneure der Provinzen Lüttich, Belgisch Limburg, Holländisch Limburg und an den Regierungspräsidenten in Köln, 4.5.1976.
 - 24 Vgl. Sproten/Herrebout, *Inventar*, S. 117.
 - 25 Vgl. RdK, Sitzungsperiode 1983-1984, Nr. 3, Ausführlicher Bericht, 22.12.1983, S. 76-89.
 - 26 RDG, Sitzungsperiode 1985-1986, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 9.12.1985, S. 166-170, Zitat S. 166.
 - 27 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1985-1986, Nr. 5, Ausführlicher Bericht, 12.12.1985, S. 177-183.
 - 28 Vgl. ebd., S. 183 ff.
 - 29 Vgl. ebd., S. 187-190.
 - 30 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1990-1991, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, S. 360.
 - 31 RDG, Sitzungsperiode 1986-1987, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 17.12.1986, S. 120 ff.
 - 32 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 3, Ausführlicher Bericht, 23.11.1992, S. 104 ff.
 - 33 Die entsprechende notarielle Urkunde vom 2.12.1992 billigte der Rat der DG am 8.10.1993 per Dekret. RDG, Sitzungsperiode 1993-1994, Dekret zur Billigung der Urkunde vom 2.12.1992 zur Abänderung der Statuten der Stiftung „Euregio Maas-Rhein“.
 - 34 Vgl. Leonhard Neycken, *Die Deutschsprachige Gemeinschaft in der Europäischen Union*, in: *Tijdschrift voor Bestuurswetenschappen en Publiekrecht* 11 (1995), S. 674-682, hier S. 680 f.
 - 35 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1994-1995, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 19.12.1994, S. 178 f.
 - 36 Vgl. Birte Wassenberg, Bernard Reitel, *Die territoriale Zusammenarbeit in Europa. Eine historische Perspektive*, Luxemburg 2015, S. 14, 21.
 - 37 Die anderen beiden Vorläuferprogramme waren Saarland-Mosel – Lothringen-Westpfalz (DE-FR) und Wallonien – Lothringen – Luxemburg (BE-FR-LU). RDG, Sitzungsperiode 1990-1991, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 18.3.1991, S. 272.
 - 38 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 20.11.2000, S. 199; Sinnvoll: Interreg-Mittel an alten Binnengrenzen, in: *Grenz-Echo*, 12.7.2012, S. 8.
 - 39 RDG, Sitzungsperiode, 1992-1993, Nr. 4, Ausführlicher Bericht, 14.12.1992, S. 181.
 - 40 Zusammenarbeitsabkommen vom 8. März 1994 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen bezüglich der Bestimmungen für den Abschluss von gemischten Verträgen.
 - 41 Das Abkommen führt 15 Organisationen auf, in denen Belgien durch mehrere Ebenen vertreten werden kann. Zusammenarbeitsabkommen vom 30. Juni 1994 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen bezüglich der Vertretung des Königreichs Belgien bei den Internationalen Organisationen, deren Tätigkeiten sich auf gemischte Befugnisse beziehen, BS, 19.11.1994.
 - 42 RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 3, 23.11.1992, S. 108.
 - 43 In der Abstimmung stimmte Evers für die Annahme des Dekrets. RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 3, 23.11.1992, S. 109, 119.
 - 44 Vgl. Deutschsprachige Gemeinschaft könnte Maastricht „kippen“ ..., in: *Grenz-Echo*, 6.11.1992, S. 24.
 - 45 RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 3, 23.11.1992, S. 103 f.
 - 46 Vgl. Deutschsprachige würden sich klar für Europa entscheiden, in: *Grenz-Echo*, 21.11.1992, S. 4.
 - 47 Vgl. Eric Philippart, Michael Van Cutsem, *Zwischen Rekombination und Fragmentierung: Die Außen- und Europapolitik der föderalen Einheiten Belgiens*, in: Raimund Krämer (Hrsg.), *Regionen in der Europäischen Union, Beiträge zur Debatte*, Berlin 1998, S. 204-224.
 - 48 Vgl. Hermanns, *Kooperation*, S. 126 f.; Ministerium, *Außenbeziehungen*, S. 11 f., 37 f.
 - 49 Vgl. Zusammenarbeitsabkommen vom 8. März 1994 zwischen dem Föderalstaat, den Gemeinschaften und den Regionen bezüglich der Vertretung des Königreichs Belgien im Ministerrat der Europäischen Union, BS, 17.11.1994.
 - 50 Vgl. Im Ausschuß der Regionen will Ostbelgien mitreden, in: *Grenz-Echo*, 7.7.1993, S. 3; Neycken, *Deutschsprachige Gemeinschaft*, S. 677.
 - 51 Gesetz vom 23. März 1989 über die Wahlen zum Europäischen Parlament.
 - 52 Der Resolutionsvorschlag forderte darüber hinaus zwei Parlamentariermandate in der Kammer, drei Parlamentariermandate im Wallonischen Regionalrat sowie drei Senatoren der DG im Senat der Gemeinschaften und Regionen. RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Vorschlag einer Resolution zum Ausbau des Autonomiestatus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 18.5.1992; RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 12, Ausführlicher Bericht, 25.5.1992, S. 549.
 - 53 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 1.2.1993, S. 348; RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 12, Ausführlicher Bericht, 25.5.1992, S. 538 f.; RDG, Sitzungsperiode 1992-1993, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 10.5.1993, S. 498 f.
 - 54 Neycken, *Deutschsprachige Gemeinschaft*, S. 674-682, hier S. 675.
 - 55 *Grenz-Echo*, 2.6.1994, S. 1; Hermanns, *Kooperation*, S. 132.
 - 56 Vgl. Ostbelgien und Eisenhüttenstadt schon seit Jahren eng befreundet, in: *Grenz-Echo*, 21.12.1994, S. 2; Von Eupen-

- Malmedy an die Oder-Neiße-Grenze, in: Grenz-Echo, 21.10.1995, S. 19; „Brücke von Osten zu Osten in nächsten Jahren festigen“, in: Grenz-Echo, 13.11.1995, S. 4; Begeistert von der ostdeutschen Herzlichkeit, in: Grenz-Echo, 6.11.1996, S. 10; „Hilfe für Oderregion“ als Geste der Ostbelgier, in: Grenz-Echo, 9.8.1997, S. 4.
- 57 Vgl. Mit Rheinland einen potenten Partner gefunden, in: Grenz-Echo, 28.3.1998, S. 5.
- 58 Vgl. Hermanns, Kooperation; Ministerium, Außenbeziehungen, S. 15-19.
- 59 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2001-2002, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 18.2.2002, S. 706.
- 60 Vgl. ebd., S. 709 ff.
- 61 Vgl. ebd., S. 707-711.
- 62 BRf, Lambertz: Umzug der Euregio Maas-Rhein ist eine Aufwertung des Standortes Ostbelgien, 3.5.2006, <https://brf.be/regional/6964> (8.2.2023); vgl. auch Euregio zu Gast in Eupen, in: Grenz-Echo, 1.6.2006.
- 63 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007, S. 390, 394.
- 64 Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens vom 4. Mai 2006, nicht veröffentlicht.
- 65 Vgl. Ministerium, Außenbeziehungen, S. 20 ff.
- 66 Vgl. ebd., S. 20.
- 67 Grenz-Echo, 5.12.2008, S. 10.
- 68 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 20.1.1992, S. 353-359.
- 69 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Nr. 9, Ausführlicher Bericht, 12.2.2001, S. 527 f.; Ins Haus der DG in Brüssel ist Leben gekommen, in: Grenz-Echo, 24.2.2007, S. 6.
- 70 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Nr. 9, Ausführlicher Bericht, 12.2.2001, S. 527 f.
- 71 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 2001-2002, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 18.2.2002, S. 695; SAE, 3-124, Nr. 881, Regierung der DG, Regierungssitzung, 1.10.2002.
- 72 SAE, 3-124, Nr. 881, La Meuse, 25.9.2002, o. S.
- 73 SAE, 3-124, Nr. 881, Regierung der DG, Regierungssitzung, 1.10.2002.
- 74 SAE, 3-124, Nr. 881, Image der DG durch Fall Horn beschädigt, in: Grenz-Echo, 9.10.2002, S. 6.
- 75 Vgl. „Ich werde mich immer mehr zurückziehen“, in: Grenz-Echo, 8.5.2004, S. 6; PDG, Sitzungsperiode 2010-2011, Bericht des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft über seine Tätigkeiten während der Sitzungsperiode 2010-2011, 19.9.2011.
- 76 „Irgendwann wird jeder den Nutzen einsehen“, in: Grenz-Echo, 21.11.2011, S. 8.
- 77 Vgl. „Mit geringem Aufwand große Wirkung erzielen“, in: Grenz-Echo, 31.3.2010, S. 7; RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Regierungsmitteilung zum Belgischen Vorsitz des Rates der Europäischen Union, 7.6.2001, S. 3; Schriftenreihe des Ministeriums der DG, Die Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, S. 13.
- 78 Vgl. Neuer Bonner Botschafter betonte „Brückenfunktion“, in: Grenz-Echo, 28.2.1997, S. 2; Pierre Doome im Belgischen Haus in Köln, in: Grenz-Echo, 4.12.1998, S. 23; PDG, Sitzungsperiode 2008-2009, Nr. 8, 15.12.2008, S. 281.
- 79 Vgl. Ein Diplomatenkoffer mit DG-Aufkleber in Berlin, in: Grenz-Echo, 29.7.2006, S. 8; PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007, S. 396.
- 80 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 3, Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung zur Lage der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 19.9.2006, S. 11.
- 81 PDG, Bulletin der Interpellationen und Fragen, Mündliche Frage von Frau Thiemann an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zur Vertretung der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Berlin, 25.2.2008.
- 82 Vgl. Hermanns, Kooperation, S. 124 f.
- 83 Vgl. Stephan Förster in der Jägerstraße, in: Grenz-Echo, 24.7.2008, S. 6.
- 84 Brüssel, Berlin, und das war's dann (fast), in: Grenz-Echo, 19.3.2009, S. 6.
- 85 Vgl. Reform löst Stühlerücken im Ministerium aus, in: Grenz-Echo, 5.10.2001, S. 5.
- 86 Vgl. Ministerium, Außenbeziehungen.
- 87 PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 3, Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung zur Lage der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 19.9.2006, S. 8.
- 88 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007, S. 381.
- 89 RDG, Sitzungsperiode 1988-1989, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 21.11.1988, S. 75 f.
- 90 RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 4.5.1992, S. 518.
- 91 Vgl. Lambertz brach Lanze für DG-Außenpolitik, in: Grenz-Echo, 21.9.2006, S. 7.
- 92 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007.
- 93 Vgl. ebd., S. 379.
- 94 Ebd., S. 383.
- 95 Ein Köfferchen Berliner Luft, in: Grenz-Echo, 2.6.2007, S. 12.
- 96 PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 10, Ausführlicher Bericht, 26.2.2007, S. 394.
- 97 Vgl. Immer noch keine Antwort, in: GrenzEcho, 20.12.2012, S. 8.
- 98 PDG, Bulletin der Interpellationen und Fragen Nr. 18 vom 14. Juni 2011, Mündliche Frage von Frau Franzen an Herrn Ministerpräsidenten Lambertz zu den nicht fristgerecht beantworteten schriftlichen Fragen bezüglich der Auslandsreisen der Regierungsmitglieder im Jahr 2010, insbesondere deren Kosten und Ergebnisse für die Deutschsprachige Gemeinschaft, 23.5.2011.
- 99 Lambertz: „Unappetitliche Polemik“, in: Grenz-Echo, 1.6.2011, S. 6.
- 100 32 Reisen, 46.198,25 Euro, fast zwei Jahre, in: GrenzEcho, 22.2.2013, S. 5.
- 101 Vgl. Meinung, Hintergrund, in: GrenzEcho, 25.2.2013, S. 2.
- 102 PDG, Sitzungsperiode 2012-2013, Nr. 1, Dok. 135, 19.11.2012.
- 103 Ebd.
- 104 Vgl. ebd.; Außenbeziehungen: Regierung muss Rechenschaft ablegen, in: GrenzEcho, 20.11.2012, S. 5.
- 105 PDG, Sitzungsperiode 2006-2007, Nr. 3, Gemeinschaftspolitische Erklärung der Regierung zur Lage der Deutschsprachigen Gemeinschaft, 19.9.2006, S. 8.
- 106 PDG, Artikel-Archiv, Außenbeziehungen, Treffen mit Delegation aus Bosnien-Herzegowina, 19.2.2020, https://pdg.be/en/desktopdefault.aspx/tabid-4114/7293_read-59317 (2.2.2023). Ähnlich etwa: „Artikel 139 zur Vollendung bringen“, in: GrenzEcho, 20.3.2018, S. 6, oder Karl-Heinz Lambertz, Wohin steuert die DG? Diskussionsabend Eupen, 9.6.2011, Sankt Vith, 16.6.2011, S. 15 f., http://www.lambertz.be/?wpfb_dl=156 (8.2.2023).